



POLEN-ANALYSEN

www.laender-analysen.de/polen

ÜBER DEN ZUSTAND DER DEMOKRATIE IN POLEN

- ANALYSE
Demokratie in Polen – Auf dem Weg zu *Good Governance*?
Stefan Garsztecki, Chemnitz 2
- TABELLEN UND GRAFIKEN
Umfragen zum demokratischen System 7

- CHRONIK
Vom 16. März bis zum 19. April 2010 15

- VERANSTALTUNGSHINWEIS
Sommerschule des Deutschen Polen-Instituts:
»Polen zwischen Ost und West« 18

Analyse

Demokratie in Polen – Auf dem Weg zu *Good Governance*?

Stefan Garsztecki, Chemnitz

Zusammenfassung

Gut zwanzig Jahre nach dem Systemwechsel ist Polen heute eine gefestigte Demokratie im Schoß der Europäischen Union (EU). Trotz dieser von führenden Transitologen bestätigten Reife des Staates belegen zahlreiche politische Affären der letzten Jahre, die Polarisierung der politischen Szene und die Debatten über die normativen Grundlagen des Staates, festgemacht an geschichtspolitischen und staatspolitischen (Stichwort III. vs. IV. Republik) Diskursen, dass eine Inklusion der Bürger hinter einer gemeinsamen Staatsidee nicht erfolgt ist. Wie entwickelt ist demnach die polnische Demokratie gemessen an zeitgenössischen Modellen der Demokratie?

Bereits im Jahre 2004 belegte Polen wie auch eine Reihe anderer ostmitteleuropäischer Staaten durch seinen Beitritt zur Europäischen Union (EU), dass der Transformationsprozess zu Demokratie und Marktwirtschaft abgeschlossen ist – gegen alle Theorie, wie ein bekannter deutscher Transformationsforscher formulierte. Dennoch ist in den letzten Jahren in westlichen Zeitungen und Zeitschriften, aber auch in Polen selber immer wieder Kritik am Zustand der Demokratie im Land geäußert worden, insbesondere als die Partei *Recht und Gerechtigkeit* (*Prawo i Sprawiedliwość – PiS*) vom Mai 2006 bis August 2007 mit der radikal nationalen Partei *Liga der Polnischen Familien* (*Liga Polskich Rodzin – LPR*) und der populistischen Bauernpartei *Selbstverteidigung* (*Samoobrona*) eine Koalition bildete. Seit dem Regierungsantritt der *Bürgerplattform* (*Platforma Obywatelska – PO*), die seit Herbst 2007 mit der traditionellen *Polnischen Bauernpartei* (*Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL*) regiert, ist die Wahrnehmung der polnischen Innenpolitik und Demokratie im westlichen Ausland und gerade auch in Deutschland deutlich positiver geworden. Aber hält diese positive Bewertung der Realität stand?

Dazu ist zunächst ein Blick auf das Verständnis von Demokratie notwendig. Die Bewertungen des Transformationsprozesses richteten sich vor allem nach formalen Kriterien der Demokratie wie freie Wahlen, Meinungsfreiheit, unabhängige Gerichte, Schutz der Menschenrechte und dergleichen mehr. Diese Kriterien entsprechen Minimalanforderungen von Demokratie, wie sie vom amerikanischen Politologen Robert Dahl seit den 1970er Jahren entwickelt wurden und die auch unter den beiden Schlüsselbegriffen Wettbewerb und Beteiligung (*contestation and participation*) zusammengefasst werden. Allerdings richtet die Forschung zur Demokratie seit den 1950er Jahren ihr Augenmerk im Rahmen der politischen Kulturforschung auch auf die Interna-

lisierung demokratischer Normen und Einstellungen. Zudem wird in Analysen zur Entwicklung der westlichen Demokratie mehr und mehr der Gedanke der Qualität von Demokratie betont, hier vor allem eine breitere Partizipation, die über die reine Beteiligung an Wahlen hinausgeht, effektive, transparent agierende und auf Service setzende Verwaltungen und das öffentliche, konsensual angelegte Aushandeln von Politik, wie es von Jürgen Habermas und weiteren Autoren im Rahmen eines deliberativen Verständnisses von Politik ausgearbeitet wurde. Wie schneidet die aktuelle polnische Demokratie jenseits formaler Kriterien nun in qualitativer Hinsicht, gemessen an diesen anspruchsvolleren Verständnissen von Demokratie, ab?

Fehlerhafte Demokratie

Zahlreiche Umfragen zu unterschiedlichen Aspekten der Demokratie in Polen und zu demokratischen Werten belegen unabhängig von der jeweiligen Regierung zwar eine solide Unterstützung für die Demokratie, zugleich werden aber die Effektivität und das Funktionieren der Demokratie gering veranschlagt. Nach regelmäßig durchgeführten Umfragen des Meinungsforschungsinstituts CBOS (Centrum Badania Opinii Społecznej – Zentrum zur Erforschung der öffentlichen Meinung) teilten Anfang 2009 68 % der Befragten die Meinung, dass die Demokratie andere Regierungsformen übertreffe. Zugleich drückten aber auch 49 % ihre Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Polen aus. Große oder gar grundsätzliche Veränderungen des politischen Systems möchten sogar 57 % der Befragten und 32 % sahen Polen erst auf der Hälfte des Weges zu einem demokratischen System!

Dabei sind die Menschen im Prinzip mit der Transformation in Richtung Demokratie und Marktwirtschaft zufrieden und der persönliche Optimismus hinsichtlich der erfolgreichen Gestaltung des eigenen pri-

vaten und beruflichen Lebens nimmt seit Jahren zu. Auch werden als positiv die bessere Position Polens in der Welt, die veränderten ökonomischen Verhältnisse im Land oder auch der Zustand der polnischen Wirtschaft, die als einzige Volkswirtschaft der Europäischen Union im Krisenjahr 2009 Wachstumsraten zu verzeichnen hatte, angeführt. Negativ werden vor allem die höhere Kriminalitätsrate, sich abschwächende Familienbande oder die Gesundheitsversorgung laut dieser Umfrage wahrgenommen.

Die zuvor skizzierte Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie ist demnach kaum an der allgemeinen politischen und ökonomischen Lage Polens in Europa und der Welt und auch nicht am persönlichen Schicksal festzumachen. Zwar kann und muss über die Ungerechtigkeiten der polnischen Privatisierung diskutiert werden, über unkontrollierte Bereicherung von Teilen der alten Nomenklatura, aber auch der neuen Post-Solidarność-Eliten. Auch nach Transformationsverlierern muss man in Polen – regional sehr unterschiedlich – unter den Rentnern, wenig Qualifizierten und den Angestellten im öffentlichen Dienst nicht lange suchen. Aber ihre Zahl hat in den letzten Jahren sukzessive abgenommen, wie auch die Arbeitslosigkeit, die Ende 2009 bei 11,4 % lag. Auch die Arbeitsbedingungen gerade in den großen und bunten Handelsketten und Einkaufspassagen sind deutlich schlechter als in vergleichbaren Unternehmen in Deutschland oder Frankreich. Für die Schwäche und geringe Qualität der polnischen Demokratie stehen aber andere Dinge. Es sind die geringe Effizienz des Regierungshandelns, der Modus Vivendi der Politikaushandlung, der geringe Einfluss auf öffentliche Angelegenheiten seitens des Durchschnittsbürgers und die mangelnde Transparenz des öffentlichen Lebens.

Eine vergleichende, von der EU finanzierte Untersuchung zu neuen Regierungsformen in neuen Mitgliedsstaaten der EU offenbarte einige dieser Schwächen der Demokratie in Polen, wie aus einer von Tomasz Grzegorz Grosse und Lena Kolarska-Bobińska publizierten Untersuchung hervorgeht. Neue Regierungsformen sollen u. a. private Akteure wie z. B. Nichtregierungsorganisationen in die Politikformulierung einbinden, die die Verantwortlichkeit und Transparenz von Regierungshandeln erhöhen. Auf diese Weise sollen innerhalb der EU Effizienz und Demokratie gestärkt werden. Aus der Analyse geht jedoch hervor, dass mit dem Ziel einer höheren Effizienz vor allem der Zentralismus vergrößert und die Kontrolle verstärkt worden ist. In Polen wie auch in den anderen neuen Mitgliedsstaaten seien diese neuen Regierungsformen nicht erfolgreich eingeführt worden, vor allem auch, weil die

öffentliche Verwaltung stark politisiert sei und die Parteien eine Einschränkung ihres Einflusses fürchteten. Zudem seien die EU-Vorgaben zum Teil widersprüchlich bzw. unklar formuliert.

Diese Ergebnisse werden durch zahlreiche empirische Daten bestätigt. So gaben im Februar 2009 in einer Umfrage von CBOS 72 % der Befragten an, keinen Einfluss auf die Angelegenheiten des Landes zu haben, eine zwar deutlich niedrigere Zahl als im Mai 1992 mit 91 %, aber dennoch nicht zufrieden stellend. Etwas besser sieht es hinsichtlich des empfundenen Einflusses auf die Geschehnisse auf der Ebene der Städte und Gemeinden aus, aber auch hier ist die Mehrheit mit 55 % der Ansicht, keinen Einfluss zu haben. Die geringe Beteiligung an Parlaments- und Kommunalwahlen kann angesichts dieser Zahlen nicht verwundern. Bei den bisher sechs freien Wahlen zu Sejm und Senat schwankte die Wahlbeteiligung zwischen 40,57 % (2005) und 53,88 % (2007) und auch die Beteiligung an den letzten Präsidentschaftswahlen im Jahr 2005 lag mit 49,74 % in diesem Bereich – trotz der großen Polarisierung der politischen Szenerie, die doch eigentlich für eine hohe Mobilisierung hätte sorgen sollen.

Mangelnde Transparenz des politischen Lebens und die Existenz korrupter Strukturen gerade im Bereich der Politik sind in der Wahrnehmung vieler Menschen symptomatisch für diesen Bereich. Seit gut zehn Jahren sind die Menschen in Polen laut Umfragen zu um die 90 % davon überzeugt, dass Korruption ein eher großes bzw. sogar großes Problem darstellt (89 % im April 2009) und 55 % sind der Ansicht, dass dieses Phänomen vor allem unter Politikern auftritt, während es 54 % vor allem im Gesundheitsbereich wahrnehmen. Die seit August 2009 ausgebrochene sogenannte Glücksspielaffäre, die seit November 2009 von einer Sonderkommission des polnischen Parlaments untersucht wird, ist scheinbar Beleg für die wenig transparenten Regeln und für Verbindungen zwischen Politik und Geschäftswelt. Das zentrale Antikorruptionsbüro (Centralne Biuro Antykorupcyjne – CBA) unter seinem noch von Ministerpräsident Jarosław Kaczyński im August 2006 berufenen Chef Mariusz Kamiński sah es als erwiesen an, dass hohe Politiker der PO, u. a. der Fraktionsvorsitzende Zbigniew Chlebowski, Verbindungen zur Glücksspielbranche unterhielten und sich daraufhin für Änderungen der geplanten Novelle des Glücksspielgesetzes eingesetzt hätten. Sie sollten die höhere Besteuerung von Automaten spielen verhindern. Dem Staat wären dadurch große Einnahmen entgangen. Ministerpräsident Tusk (PO) reagierte auf diese schwere Regierungskrise Anfang Oktober 2009 entschlossen

mit einer umfassenderen Umbildung der Regierung. So mussten gleich mehrere Minister und enge Vertraute des Ministerpräsidenten ihren Hut nehmen. Zudem entließ Tusk im Oktober 2009 auch CBA-Chef Kamiński, dem er Kompetenzüberschreitung vorwarf. Innerhalb der *PO* war man bereits seit längerem der Überzeugung, mit dem konservativen Kamiński einen Mann von *PiS* unnötig im Amt belassen zu haben, dem viele *PO*-Politiker Manipulation und Instrumentalisierung des CBA für parteipolitische Interessen vorwarfen.

Diese und andere Affären und die Schärfe der innenpolitischen Auseinandersetzungen tragen dazu bei, dass es seit Jahren einen gravierenden Vertrauensmangel in im engeren Sinne politische Institutionen gibt. Mit deutlich mehr Misstrauen als Vertrauen wird nach einer Umfrage von Beginn des Jahres der Regierung, Senat und Sejm, den Gewerkschaften und den politischen Parteien sowie auch – und das ist neu – den Zeitungen begegnet, während sich karitative Organisationen, der Ombudsmann für Bürgerrechte, das Institut für Nationales Gedenken, Polizei und Armee, die katholische Kirche und viele weitere unpolitische Institutionen auf großes gesellschaftliches Vertrauen stützen können. Diese Entwicklung ist nicht neu, sondern bereits seit Mitte der 1990er Jahre zu beobachten. Unabhängig von der jeweiligen Regierung stellt dies also eine Charakteristik der polnischen Demokratie dar, gegen die bisher noch keine Regierung erfolgreich und langfristig gegensteuern konnte.

Polarisierung der politischen Szenerie

Diese Ablehnung der politischen Institutionen hängt eng mit der Polarisierung der politischen Szenerie zusammen, die seit Beginn der Transformation im Lande ein weiteres zentrales Merkmal der polnischen Demokratie ist. Unabhängig von der jeweiligen Regierung trachtet der Wahlsieger danach, seinen Einfluss institutionell zu verfestigen – frei nach dem Motto »The winner takes it all«. Dieses Verhalten führte auch in den letzten Jahren zu sehr harten Auseinandersetzungen um Institutionen, die eigentlich geeignet sein sollten, das Vertrauen in die polnische Demokratie allmählich aufzubauen.

Hier ist an erster Stelle das öffentlich-rechtliche Fernsehen zu nennen. Die Versuche der Einflussnahme der Politik sind schon legendär. Zuletzt wehrte sich im Herbst der von der radikalen *LPR* während der gemeinsamen Regierung mit *PiS* in den Aufsichtsrat gebrachte Piotr Farfał gegen seine Abberufung als Vorsitzender des Gremiums. Erst nach längeren Bemühungen gelang es im September 2009 mit Bogusław Szwedo, der mit *PiS* in Verbindung gebracht wird, einen neuen Vorsitzen-

den zu berufen. Zugleich ist ein neues Mediengesetz im September letzten Jahres am Veto des Präsidenten Lech Kaczyński gescheitert, der die darin vorgesehene Aufhebung des Abonnements kritisierte und eine Kommerzialisierung befürchtete. Das neue Mediengesetz wollte die Rundfunkgebühren durch Zuzahlungen aus dem Staatshaushalt ersetzen und zugleich durch eine Vergrößerung des Landesrates für Rundfunk und Fernsehen (*Krajowa Rada Radiofonii i Telewizji – KRRiT*) für eine Entpolitisierung des bis heute regierungsnahen öffentlichen Fernsehens sorgen. Ferner sollten die regionalen Zentren des Fernsehens in 16 Gesellschaften umgestaltet werden. Ziel war u. a. auch die Stärkung der Bürgergesellschaft. Da das Veto des Präsidenten im Sejm nicht mit der dafür notwendigen 3/5-Mehrheit verworfen wurde, ist für diese Legislaturperiode kein neuer Versuch eines neuen Mediengesetzes mehr geplant. Die vom Obersten Rechnungshof (*Najwyższa Izba Kontroli – NIK*) in einem Bericht Anfang 2010 kritisierte Mittelverschwendung beim öffentlich-rechtlichen Fernsehen, die u. a. – wie sich aus dem Bericht schlussfolgern lässt – durch die politischen Turbulenzen und damit verknüpfte Abfindungen verursacht wurden, ist Beleg für die schwierige Situation des öffentlich-rechtlichen Fernsehens, das wohl vorerst auch weiterhin politisch umkämpft sein wird.

Zweitens muss das Institut des Nationalen Gedenkens (*Instytut Pamięci Narodowej – IPN*) erwähnt werden. Entstanden auf der Grundlage eines Gesetzes vom Dezember 1998 sollte es die zwischen dem 22. Juli 1944 und dem 31. Juli 1990 gesammelten Dokumente der Nachrichtendienste sammeln, in staatsanwaltschaftlicher Funktion Voruntersuchungen bezüglich nationalsozialistischer und kommunistischer Verbrechen durchführen und eine pädagogische Tätigkeit entfalten. Die Dokumente der Nachrichtendienste der Volksrepublik waren und sind Grundlage für Entscheidungen über die Lustration, d. h. Aussagen über eine inoffizielle Zusammenarbeit mit den kommunistischen Sicherheitsorganen, die ein im Lustrationsgesetz festgelegter Personenkreis, der öffentliche Funktionen ausübt bzw. ausüben möchte, abgeben muss. Seit seiner Entstehung sind das IPN und sein Aufgabenbereich, nicht zuletzt aufgrund des Zugangs zu den Akten der Sicherheitsorgane, umstritten. Scharf und kontrovers diskutiert wurde im März 2009 insbesondere die Veröffentlichung eines IPN-Mitarbeiters, Paweł Zyzak, über eine vermeintliche Agententätigkeit des frühen Präsidenten und *Solidarność*-Helden Lech Wałęsa. Es hatte nicht nur in diesem Fall den Anschein, dass das IPN in die politischen Auseinandersetzungen zwischen den Par-

teien und um die Bewertung der jüngeren Vergangenheit hineingezogen wurde. Daher war es absehbar, dass es mit dem Wechsel der Regierung im Herbst 2007 früher oder später zu einer Veränderung der gesetzlichen Grundlagen des IPN kommen würde. Im Sejm lagen nun zwei Gesetzesprojekte vor. Ein Entwurf der Linken (Lewica) sah die Abschaffung des IPN vor, während die Regierungskoalition aus *PO* und *PSL* plante, das Kollegium des IPN, eine Art wissenschaftlicher Beirat, der aktuell von *PiS* dominiert wird, abzuschaffen und durch einen Rat zu ersetzen. Im März 2010 wurde diese Novelle vom Parlament schließlich angenommen, jedoch noch nicht vom Staatspräsidenten unterzeichnet. Ob sie zu einer Entpolitisierung des IPN führen wird, bleibt allerdings abzuwarten.

Schließlich muss drittens noch das Zentrale Antikorruptionsbüro (CBA) angeführt werden. Gleich mehrfach wurde dem CBA und seinem bis Herbst letzten Jahres amtierenden Leiter Kamiński vorgeworfen, Teil der parteipolitischen Auseinandersetzung zu sein. Dies galt für die Überführung der *PO*-Abgeordneten Beata Sawicka während des Wahlkampfes 2007, als die Abgeordnete vom CBA in eine Falle gelockt wurde und Bestechungsgelder annahm. Weiterhin traf dies auch auf eine Grundstücksaffäre zu, in deren Kontext das CBA Korruption bei der Zuweisung von Bauland im Sommer 2007 beweisen wollte. Auch hier wurde das CBA selber aktiv und stellte dem damaligen Landwirtschaftsminister Andrzej Lepper von der *Selbstverteidigung* eine Falle. Da dieser gewarnt wurde, flog die Sache auf und die Regierung aus *PiS*, *LPR* und *Selbstverteidigung* war beendet. Der Vorwurf von Unregelmäßigkeiten im Kontext dieser Aktion war im Oktober 2009 schließlich der offizielle Grund für die Entlassung von Kamiński. Ähnlich wie im Falle des IPN ist auch das CBA eine wichtige staatliche Institution, die sich im Übrigen nach wie vor mehrheitlicher Zustimmung seitens der Bevölkerung erfreut. Trotz der aufgedeckten Korruptionsaffären, die ja – wie Gesprächsmitschnitte belegen – durchaus substantiell sind, ist das CBA nicht zuletzt durch seinen ehemaligen Chef und die öffentlichen Debatten Teil der politischen Auseinandersetzung und damit der Politisierung geworden.

Auch das Amt des Präsidenten selber und die ihm laut Verfassung zustehenden Kompetenzen waren und sind umstritten, und zwar nicht erst seit der öffentlich kontrovers diskutierten Amtsführung des unlängst tragisch ums Leben gekommenen Präsidenten Lech Kaczyński. Umfragen belegten über die letzten Jahre eine deutliche Ablehnung seiner Amtsführung, wogegen auch die aktuelle große Trauer in Polen nicht spricht. Hierin fin-

den vielmehr seine persönliche Integrität und Konsequenz und auch die Begleitumstände seines Todes ihren Ausdruck. Schließlich befand er sich in Gesellschaft zahlreicher Würdenträger auf dem Weg nach Katyn, um der vor siebzig Jahren vom sowjetischen Geheimdienst dort und anderen Ortschaften ermordeten polnischen Offiziere, Polizisten und Zivilangestellten zu gedenken. Bereits zu Zeiten seiner Amtsvorgänger Aleksander Kwaśniewski und Lech Wałęsa hatte die Kompetenzaufteilung zwischen Präsident und Regierung für innenpolitischen Streit gesorgt, da sowohl Regierung wie auch Präsident exekutive Funktionen haben und eben auch der Präsident über die Direktwahl durch die Bevölkerung über ein großes demokratisches Mandat verfügt. Letztere möchte auch die *PO* zwar nicht abschaffen, allerdings möchte sie das Veto des Präsidenten abschwächen und im Rahmen einer Verfassungsänderung dann im Sejm mit einfacher Mehrheit verwerfen können und nicht mehr wie bisher mit 3/5-Mehrheit. Die in Polen seit 1989 mehrfach aufgetretene Situation einer Kohabitation wäre so einfacher zu handhaben und die Schärfe der politischen Auseinandersetzung in dieser Hinsicht gemildert. Allerdings wird es zu diesen Verfassungsänderungen nicht mehr vor den nun vorgezogenen Präsidentschaftswahlen kommen.

Die Diskussionen und der Streit um die hier beispielhaft angeführten Institutionen haben nicht nur gewisse institutionelle Schwächen aufgezeigt, sondern auch dahinter verborgene ideologische Auseinandersetzungen und divergierende Politikstile offenbart. Während der Streit um die Lustration der Vergangenheit anzugehören scheint, sind Debatten über die Bewertung des Runden Tisches im Frühjahr 1989, über das Erbe der Gewerkschaft *Solidarność*, über die normativen Grundlagen der Republik, über die »richtige« Art von Geschichtspolitik – verkürzt ausgedrückt: konservativ-bewahrend vs. transnational-europäisch –, über das Verhältnis zu den großen Nachbarn Russland und Deutschland nach wie vor aktuell. Sicherlich sind solche fundamentalen Debatten über das *common good*, über den normativen Grund der Gesellschaft nach wesentlichen Systemveränderungen wichtig und notwendig. Der internationale Platz Polens, die historischen Traditionslinien der III. Republik, der Umgang mit dem Erbe aus Totalitarismus und Autoritarismus sind wahrlich Themenfelder, die auch sehr kontroverse öffentliche Debatten umfassen müssen. Allerdings sind der Ton der Auseinandersetzung und der Politikstil diskutabel.

Die oben erwähnte Mentalität des »The winner takes it all« war in der Vergangenheit oft kombiniert mit einer Auffassung von Politik als Kampf, ganz im Sinne von

Carl Schmitt oder – wenn man es etwas weniger dramatisch haben möchte – im Sinne von Thomas Hobbes, wiewohl Teile der polnischen Konservativen »ihren« Carl Schmitt gelesen haben. Es galt, den politischen Gegner zu vernichten, einen ideologischen Kampf auszutragen. Der Wahlsieg von Donald Tusk 2007 schien ein Ende dieses Politikstils zu bedeuten, aber die Konflikte um das CBA, das IPN oder nicht zuletzt um das Amt und die Person des Präsidenten ließen heftige innenpolitische Auseinandersetzungen immer wieder aufflammen, wobei scharfe Akzente auf beiden Seiten, von der Opposition wie auch der Regierung, gesetzt wurden. Es scheint aber, dass die großen inhaltlichen Entscheidungen in Polen mittlerweile getroffen worden sind: Polen ist als demokratischer Staat in die NATO und die EU integriert, eine nennenswerte Nostalgie nach der Zeit der Volksrepublik Polen besteht nicht und die historische Aufarbeitung der Volksrepublik Polen findet allmählich dank zahlreicher Historiker – im IPN und jenseits dieser Einrichtung – statt. Was nun ansteht ist die Feinjustierung der polnischen Demokratie. Wenn aber die polnische Demokratie, ihre politischen Eliten und ihre politischen Institutionen ein größeres Maß an gesellschaftlicher Akzeptanz erringen wollen, muss der Politikstil des Kampfes und der Polarisierung der Vergangenheit angehören. Kompromissfähigkeit, die Kunst des Aushandelns und aufeinander Zugehens, die Akzeptanz unterschiedlicher Lebensentwürfe und divergierender normativer Systeme müssen Merkmale eines neuen Politikstils in Polen sein. Mehr Jürgen Habermas und weniger Carl Schmitt!

Nach Lech Kaczyński – Neuanfang in der politischen Szene?

Dabei bietet der tragische Tod von Präsident Lech Kaczyński bei der Flugzeugkatastrophe von Smolensk Gelegenheit, einen Neuanfang in der polnischen politischen Szene zu wagen. Die jetzt deutlich gewordene große Verbundenheit der Polen untereinander macht die vorherige Polarisierung überdeutlich und zeigt ihre Überzeichnungen. Bei aller zum Teil vertretbaren Kritik an der Amtsführung und den Politikinhalten des verstorbenen Präsidenten gingen viele Aussagen gegen die Person Lech Kaczyński – wie auch schon im Wahl-

kampf 2007 gegen die Person Donald Tusk. Im Interesse der polnischen Demokratie sollte ein anderer Politikstil und eine andere Sprache verwandt werden. Der anstehende kurze Präsidentschaftswahlkampf wird dafür ein erster Lackmustest sein.

Ein anderer Politikstil könnte auch mit einer Entpolitisierung der oben angeführten Institutionen verbunden werden, d. h. dem öffentlich-rechtlichen Fernsehen, dem IPN und dem CBA. Da vor allem *PiS* etliche Spitzenpolitiker bei dem Flugzeugabsturz von Smolensk verloren hat, wird hier viel von der Fähigkeit zur Selbstbeschränkung bei der *PO* abhängen.

Nach der Wahl eines neuen Präsidenten, voraussichtlich nach dem zweiten Wahlgang am 4. Juli sollte auch die Frage des Zuschnitts der präsidentialen Kompetenzen in der Verfassung auf die Tagesordnung zurückkehren. Eine deutlichere Trennung der exekutiven Kompetenzen, die Schwächung der Veto-Funktion des Präsidenten bis hin zu einer Beschränkung auf stärker repräsentative Funktionen – die Vorschläge liegen auf dem Tisch und müssten aufgegriffen werden.

Schließlich sollte es zu einer deutlichen Entpolitisierung des öffentlichen Dienstes und einer weiteren Stärkung der Bürgergesellschaft vor allem auf regionaler und kommunaler Ebene kommen. Aktive Bürger entwickeln mehr Vertrauen zu ihren Mitbürgern und zu politischen Institutionen, wie seit vielen Jahren von CBOS in Polen erhobene Daten, aber auch schon klassische Untersuchungen von Alexis de Tocqueville über die Demokratie in Amerika gezeigt haben. Etwa 28 % der polnischen Bürger engagieren sich einer Umfrage von Anfang 2010 zufolge in gesellschaftlichen Organisationen – die höchste Anzahl, die in den Untersuchungen von CBOS seit 1998 festgestellt wurde. Diese stetige Entwicklung der Bürgergesellschaft verdient einen anderen Politikstil, bessere und entpolitierte Institutionen und – im Rahmen einer eventuellen Verfassungsänderung – auch eine bessere Vertretung im institutionellen Gefüge der III. Republik, möglicherweise in Form einer eigenen regionalen Kammer. Wenn nur einige dieser Vorschläge umgesetzt werden könnten, könnte Polen einmal mehr zum regionalen Führer auf dem Feld der (qualitativen) Demokratisierung werden.

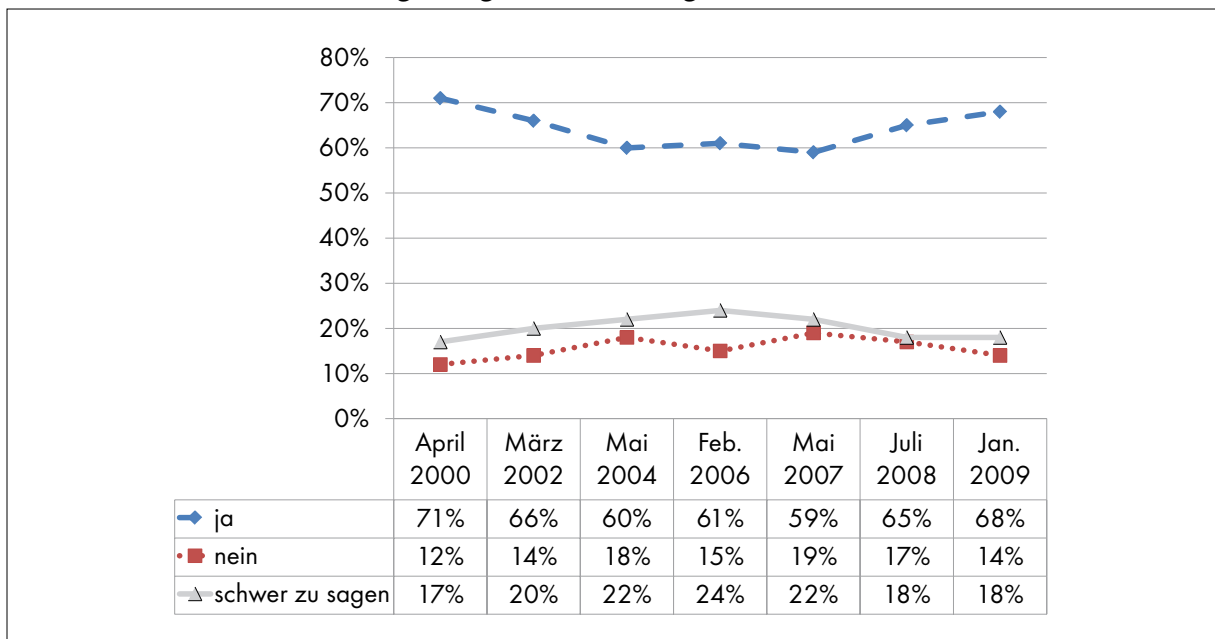
Über den Autor

Stefan Garsztecki, Politologe, ist zurzeit Vertretungsprofessor für Kultur- und Länderstudien Ostmitteleuropas an der Technischen Universität Chemnitz, Institut für Europäische Studien.

Tabellen und Grafiken

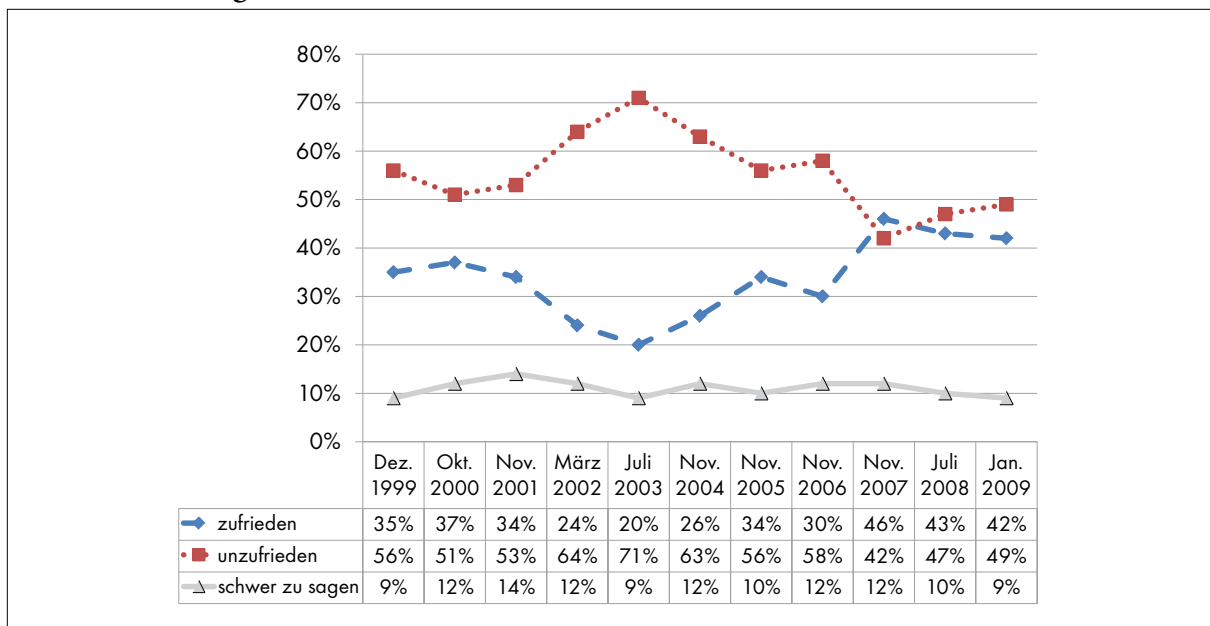
Umfragen zum demokratischen System

Ist die Demokratie anderen Regierungsformen überlegen?



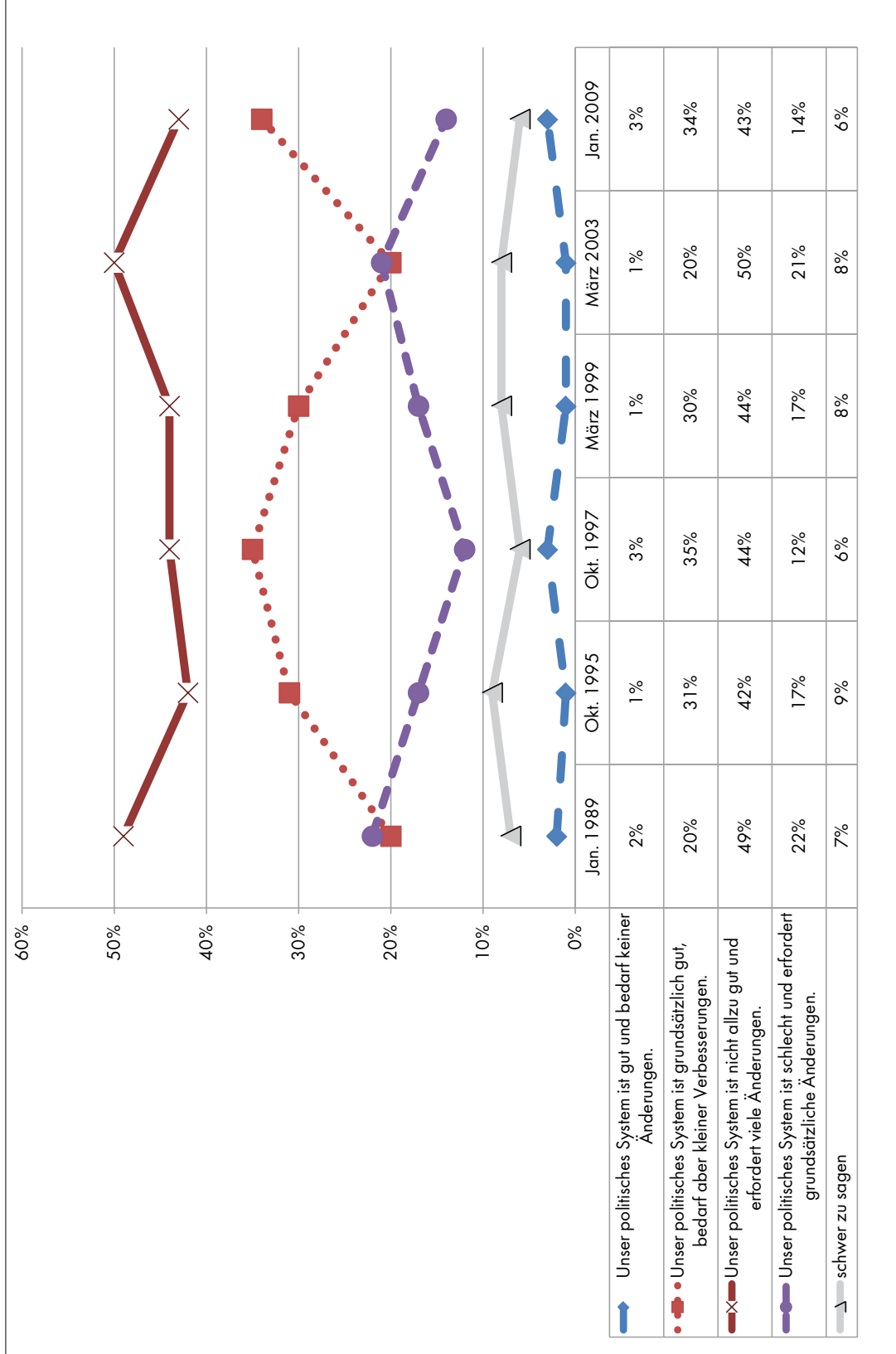
Quelle: CBOS BS 20/2009: *Opinie o funkcjonowaniu demokracji w Polsce. [Meinungen über das Funktionieren der Demokratie in Polen.]*, Warszawa 02/2009, www.cbos.pl

Welche Einstellung haben Sie zur Demokratie in Polen?



Quelle: CBOS BS 20/2009: *Opinie o funkcjonowaniu demokracji w Polsce. [Meinungen über das Funktionieren der Demokratie in Polen.]*, Warszawa 02/2009, www.cbos.pl

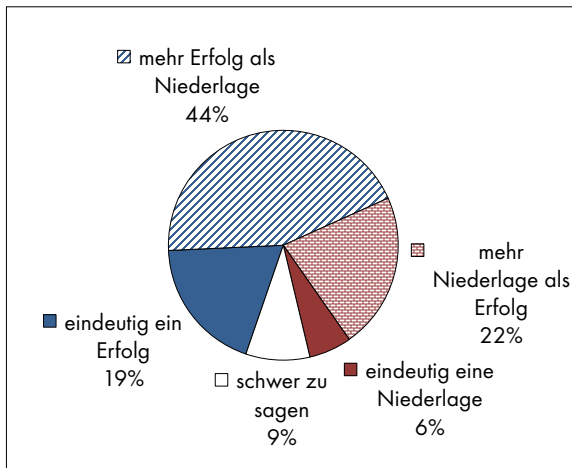
Welcher Aussage über das politische System in Polen stimmen Sie am ehesten zu?



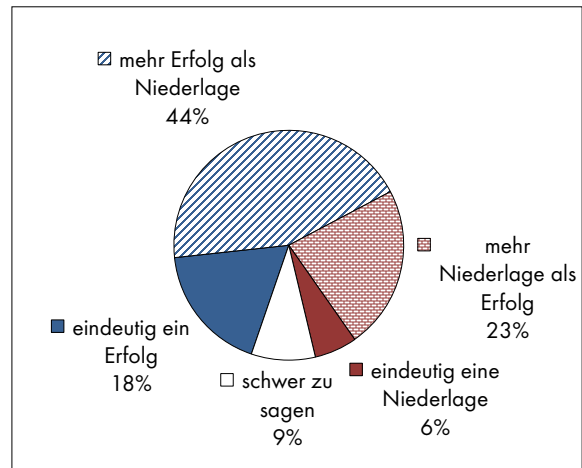
Quelle: CBOS BS 20/2009: *Opinie o funkcjonowaniu demokracji w Polsce. [Meinungen über das Funktionieren der Demokratie in Polen.]*,
 Warszawa 02/2009, www.cbos.pl

War Ihrer Meinung nach der Aufbau der Demokratie in Ihrem Land ein Erfolg oder eine Niederlage? Bewertung 20 Jahre nach 1989

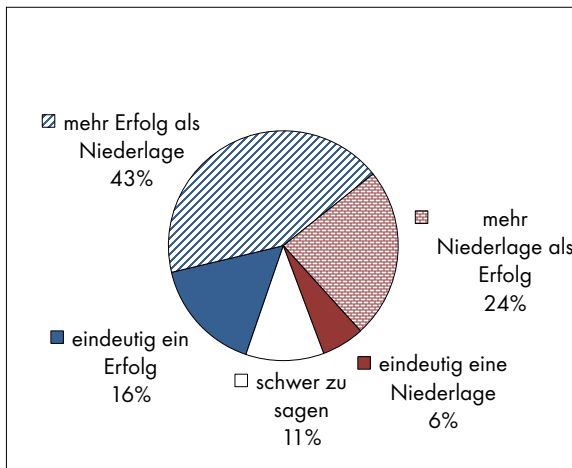
Tschechien



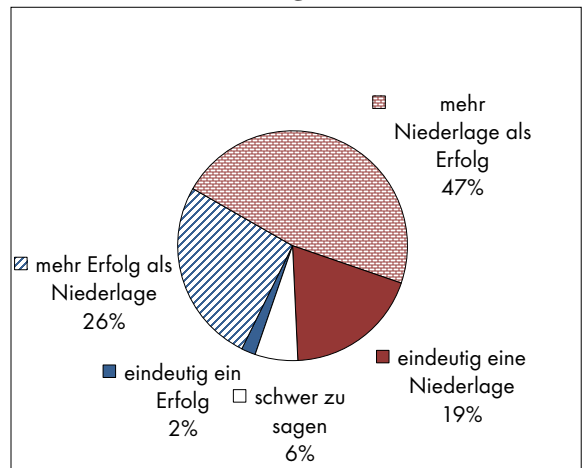
Polen



Slowakei



Ungarn

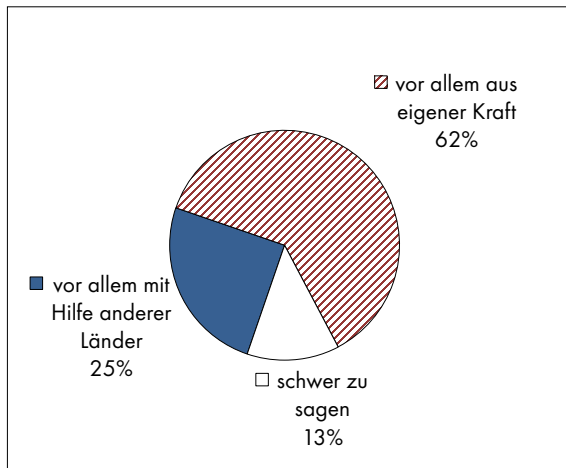


Durchführung der Umfrage: 1.–4. Oktober 2009

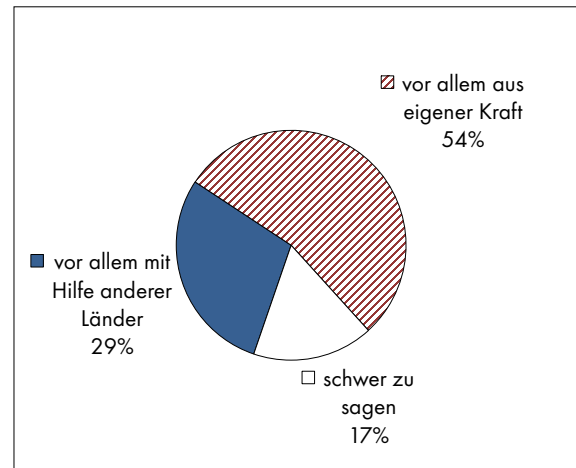
Quelle: Instytut Spraw Publicznych [Institut für öffentliche Angelegenheiten]: Powrót do Europy. Opinia społeczna po 20 latach demokracji [Die Rückkehr nach Europa. Die öffentliche Meinung nach 20 Jahren Demokratie]. www.isp.org.pl (abgerufen am 15.04. 2010)

Sind Sie der Meinung, dass Sie in Ihrem Land die Demokratie mit Hilfe anderer Länder aufgebaut haben oder haben Sie in Ihrem Land alles aus eigener Kraft erreicht?

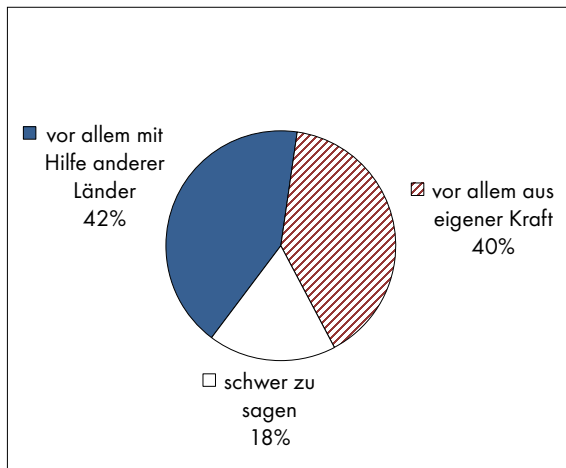
Polen



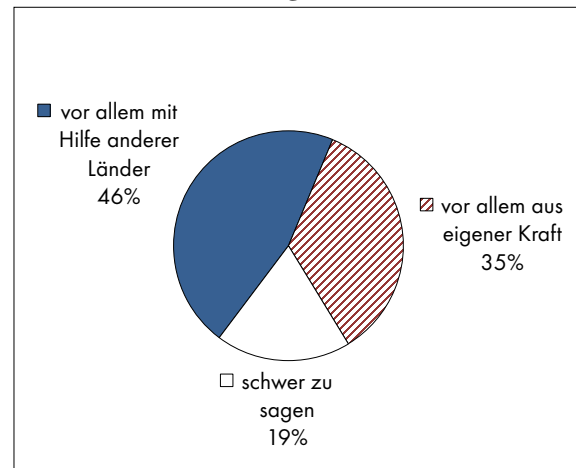
Tschechien



Slowakei



Ungarn



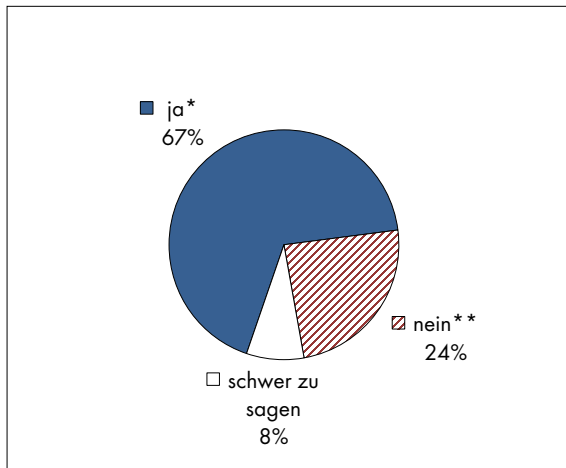
Durchführung der Umfrage: 1.–4. Oktober 2009

Quelle: Instytut Spraw Publicznych [Institut für öffentliche Angelegenheiten]: Powrót do Europy. Opinia społeczna po 20 latach demokracji [Die Rückkehr nach Europa. Die öffentliche Meinung nach 20 Jahren Demokratie]. www.isp.org.pl (abgerufen am 15.04. 2010)

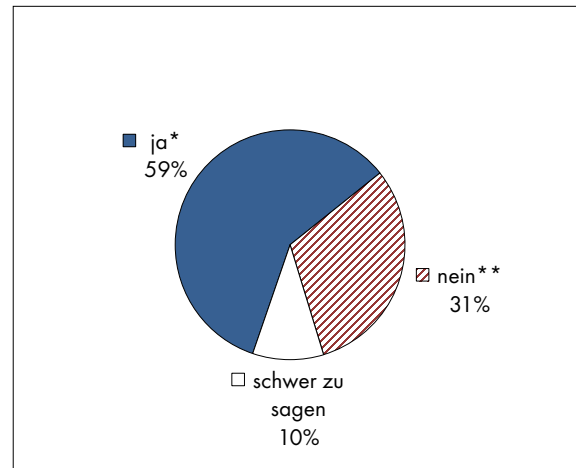


Sollte Ihrer Meinung nach Ihr Land anderen Ländern beim Aufbau eines demokratischen Systems helfen?

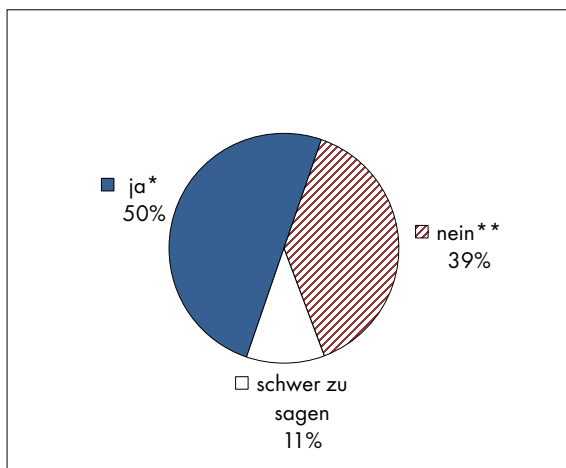
Polen



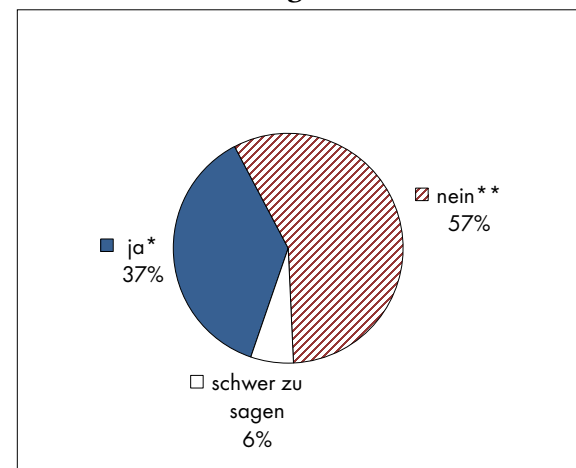
Slowakei



Tschechien



Ungarn



*Zusammenfassung der Antworten: eindeutig ja/leher ja

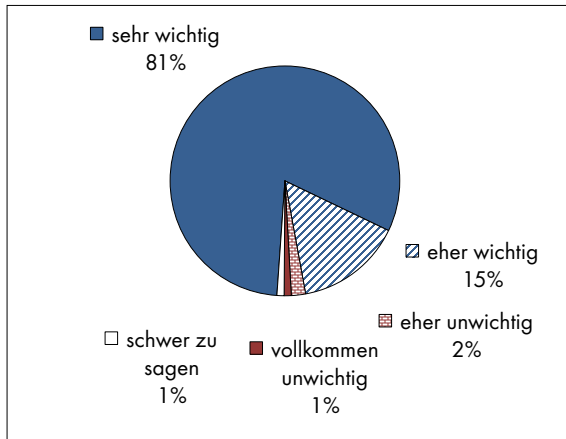
**Zusammenfassung der Antworten: eindeutig nein/leher nein

Durchführung der Umfrage: 1.–4. Oktober 2009

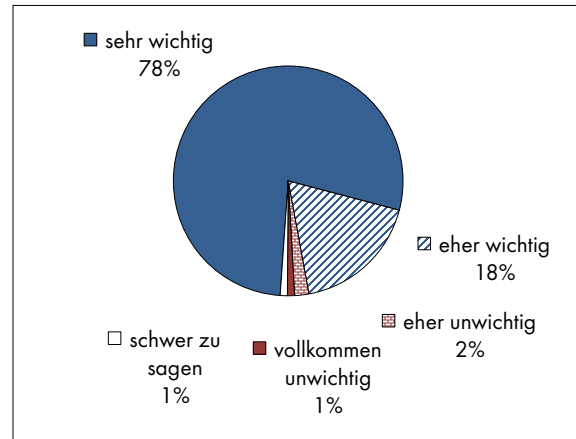
Quelle: Instytut Spraw Publicznych [Institut für öffentliche Angelegenheiten]: Powrót do Europy. Opinia społeczna po 20 latach demokracji [Die Rückkehr nach Europa. Die öffentliche Meinung nach 20 Jahren Demokratie]. www.isp.org.pl (abgerufen am 15.04. 2010)

Wie wichtig ist Ihnen, in einem demokratisch regierten Land zu leben?

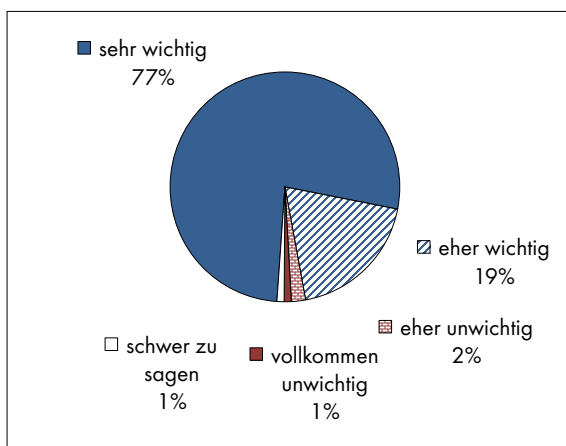
Großbritannien



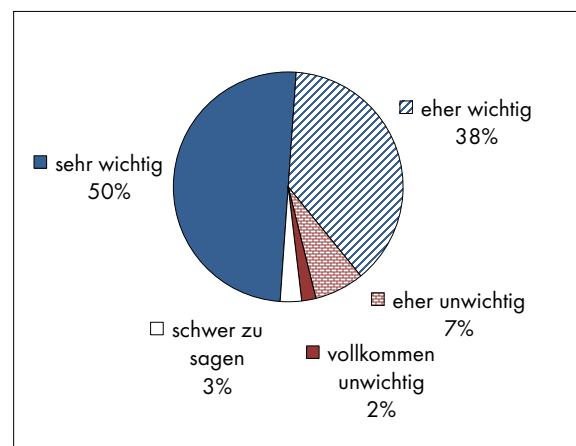
Frankreich



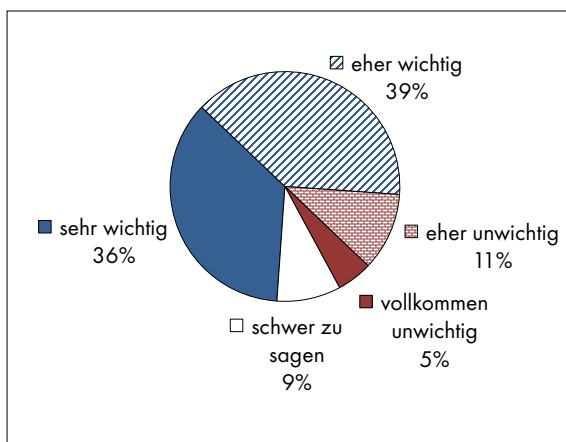
Deutschland



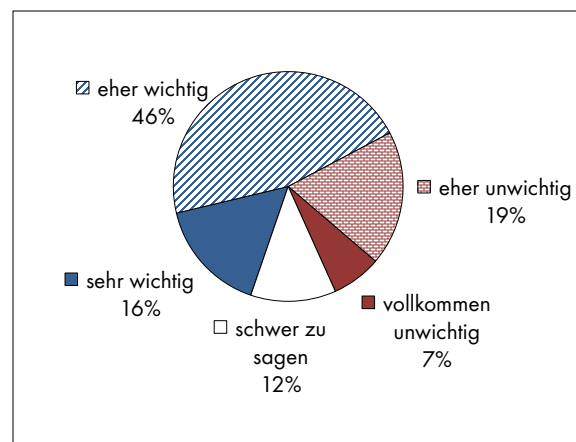
Polen



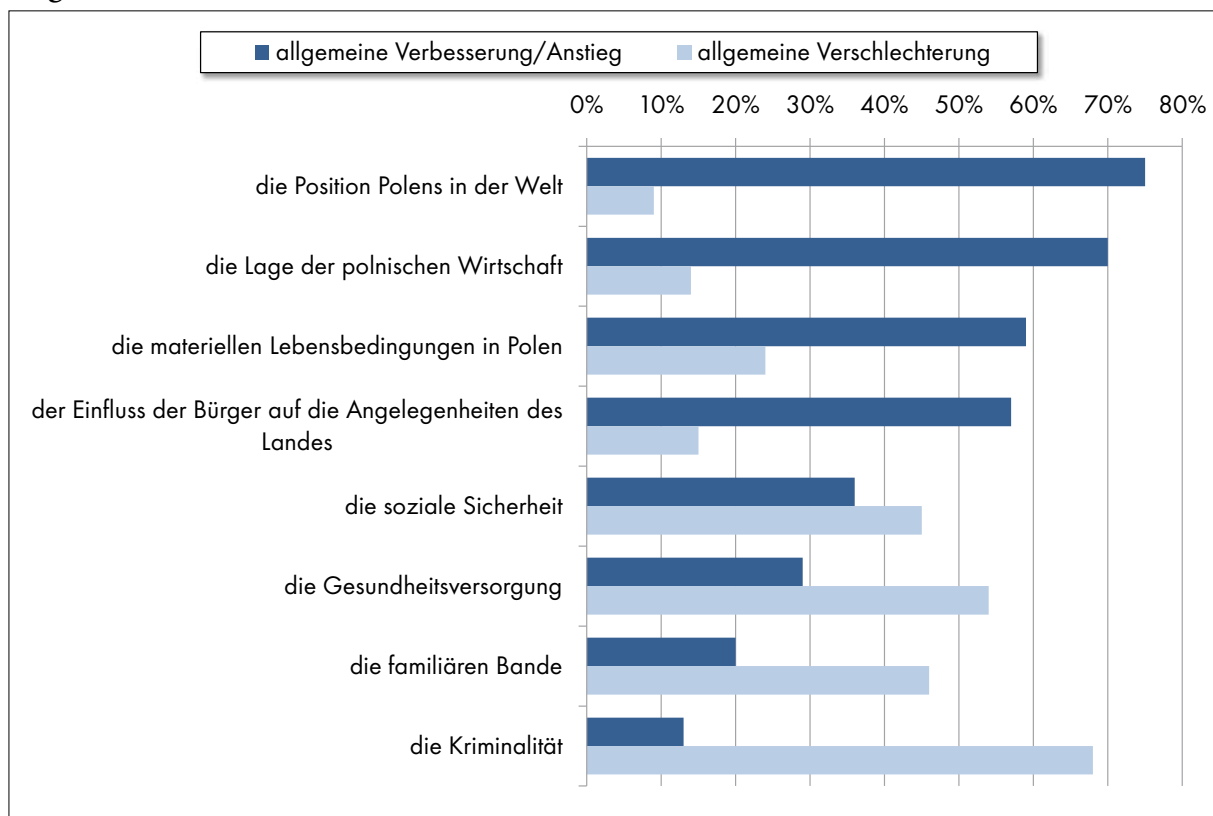
Ukraine



Russland



Bewertung der Veränderungen in Polen, die seit Ende der 1980er Jahre in diversen Bereichen eingetreten sind

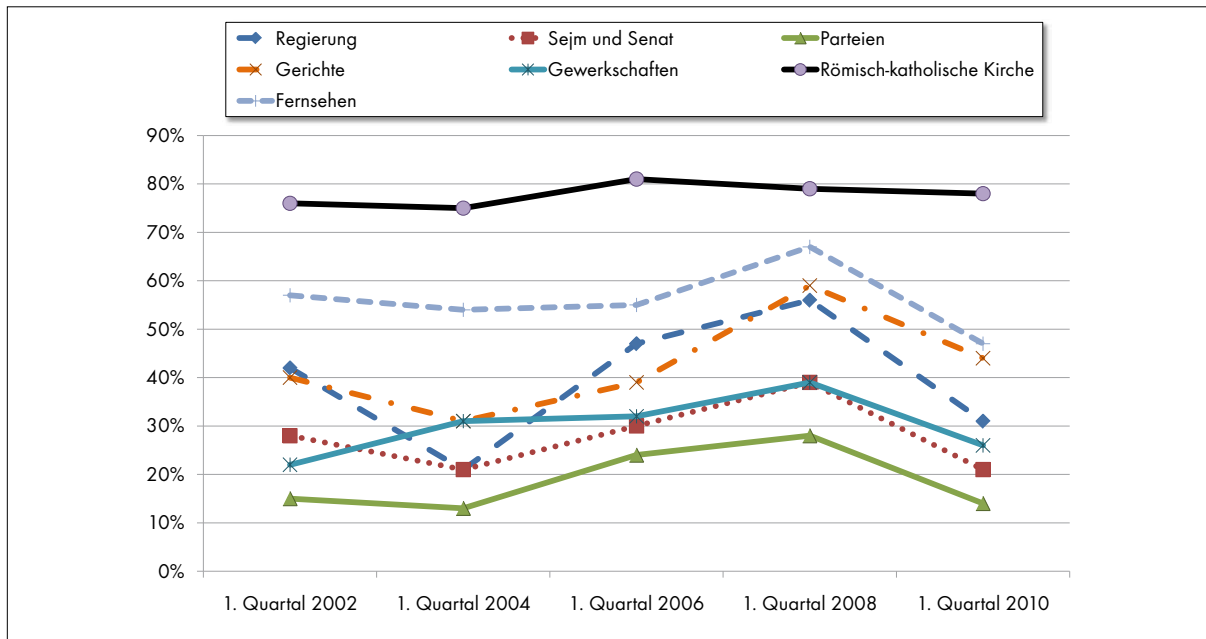


Bewertung der Veränderungen in Polen, die seit Ende der 1980er Jahre in diversen Bereichen eingetreten sind

	allgemeine Verbesserung/ Anstieg	keine Veränderung	allgemeine Verschlechterung	schwer zu sagen
die Position Polens in der Welt	75 %	5 %	9 %	11 %
die Lage der polnischen Wirtschaft	70 %	5 %	14 %	11 %
die materiellen Lebensbedingungen in Polen	59 %	7 %	24 %	10 %
der Einfluss der Bürger auf die Angelegenheiten des Landes	57 %	16 %	15 %	12 %
die soziale Sicherheit	36 %	8 %	45 %	11 %
die Gesundheitsversorgung	29 %	9 %	54 %	8 %
die familiären Bande	20 %	25 %	46 %	9 %
die Kriminalität	13 %	9 %	68 %	10 %

Quelle: CBOS BS/28/2009: *Od końca lat osiemdziesiątych do dziś – oceny zmian w różnych wymiarach życia społecznego i politycznego w Polsce. [Von Ende der achtziger Jahre bis heute – Bewertungen der Veränderungen im gesellschaftlichen und politischen Leben in Polen.]*, Warszawa 02/2009, www.cbos.pl

Haben Sie Vertrauen zu den genannten Institutionen?
(nur Anteil derjenigen, die mit »ja« antworteten)



Haben Sie Vertrauen zu den genannten Institutionen?

	1. Quartal 2002			1. Quartal 2004			1. Quartal 2006			1. Quartal 2008			1. Quartal 2010		
	ja	nein	schwer zu sagen	ja	nein	schwer zu sagen	ja	nein	schwer zu sagen	ja	nein	schwer zu sagen	ja	nein	schwer zu sagen
Regierung	42 %	45 %	13 %	21 %	68 %	11 %	47 %	40 %	13 %	56 %	32 %	13 %	31 %	60 %	9 %
Sejm und Senat	28 %	54 %	18 %	21 %	67 %	12 %	30 %	54 %	16 %	39 %	44 %	17 %	21 %	68 %	11 %
Stadt-/Gemeindeverwaltung	43 %	41 %	17 %	53 %	34 %	13 %	56 %	33 %	11 %	68 %	23 %	9 %	55 %	34 %	11 %
Parteien	15 %	65 %	19 %	13 %	72 %	15 %	24 %	61 %	15 %	28 %	54 %	18 %	14 %	76 %	10 %
Beamte der öffentlichen Verwaltung	31 %	52 %	17 %	33 %	54 %	14 %	38 %	50 %	12 %	53 %	33 %	14 %	42 %	47 %	11 %
Gerichte	40 %	49 %	11 %	31 %	60 %	8 %	39 %	51 %	10 %	59 %	29 %	12 %	44 %	45 %	11 %
Bürgerrechtsbeauftragter	-	-	-	-	-	-	69 %	13 %	18 %	62 %	15 %	24 %	55 %	21 %	24 %
Institut des Nationalen Gedenkens*	-	-	-	-	-	-	62 %	18 %	20 %	57 %	20 %	23 %	51 %	28 %	21 %
Gewerkschaften	22 %	41 %	37 %	31 %	40 %	30 %	32 %	37 %	31 %	39 %	27 %	34 %	26 %	40 %	34 %
römisch-katholische Kirche	76 %	21 %	3 %	75 %	21 %	4 %	81 %	17 %	2 %	79 %	17 %	4 %	78 %	18 %	4 %
Zeitungen	47 %	43 %	10 %	47 %	43 %	10 %	48 %	42 %	10 %	54 %	35 %	11 %	37 %	52 %	11 %
Fernsehen	57 %	34 %	9 %	54 %	37 %	9 %	55 %	36 %	9 %	67 %	25 %	8 %	47 %	44 %	9 %

* Instytut Pamięci Narodowej – IPN

Quelle: CBOS BS 29/2010: *Zaufanie społeczne [Das gesellschaftliche Vertrauen]*. Warszawa, 03/2010. www.cbos.pl

Chronik

Vom 16. März bis zum 19. April 2010

16.03.2010	Das Wirtschaftsministerium veröffentlicht eine Liste mit Standorten für ein Atomkraftwerk, das 2020/21 entstehen soll. An erster Stelle steht der Ort Żarnowiec (Zarnowitz)/Pommern. Dort sollte bereits in den 1980er Jahren ein Atomkraftwerk russischer Bauweise erreicht werden, was aus Kostengründen jedoch nicht realisiert worden ist.
17.03.2010	Nach neuesten Angaben der Europäischen Kommission belegt Polen beim Innovationsranking unter den EU-Mitgliedstaaten den fünftletzten Platz in der Gruppe der eingeschränkt investitionsstarken Länder. Bemängelt werden die wenig entwickelte Zusammenarbeit zwischen dem privaten und dem öffentlichen Sektor sowie die vergleichsweise geringe Anzahl angemeldeter Patente. Positiv hervorgehoben wird u. a. die Investitionsbereitschaft privater Firmen für Forschung und Entwicklung.
18.03.2010	Der Sejm verabschiedet die Novelle zum Gesetz über das Institut des Nationalen Gedenkens (Instytut Pamięi Narodowej – IPN). Die von der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) ausgearbeiteten Gesetzesänderungen sehen die Einrichtung eines neunköpfigen Rates des IPN vor, der das bisherige elfköpfige IPN-Kollegium ersetzen und dessen Vorstand vom Sejm mit einfacher Mehrheit gewählt werden soll. Bisher war dafür eine 3/5-Mehrheit notwendig. Des Weiteren sollen die Bürger Einsicht in die vom IPN aufbewahrten Originalakten der Geheimdienste der Volksrepublik zu überwachten Personen ohne Anonymisierung von persönlichen Angaben erhalten. Der Grundsatz, dass jeder Bürger nur Zugang zu seiner persönlichen Akte hat bzw. jeder Bürger Einsicht in die Akten von Personen hat, die hohe öffentliche Ämter bekleiden, bleibt in der Gesetzesnovelle unangetastet.
19.03.2010	Auf Antrag der Demokratischen Linksallianz (Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD) zieht Ministerpräsident Donald Tusk im Sejm eine Regierungsbilanz für die Jahre 2007–2009. Tusk hebt u. a. den polnischen Truppenrückzug aus dem Irak, den beginnenden Modernisierungsprozess der polnischen Armee, den Bau des Autobahnnetzes und die Beschränkung der öffentlichen Ausgaben hervor. Er appelliert an die Opposition, insbesondere bei Fragen der Beschränkung des öffentlichen Haushalts zu kooperieren. Die Opposition kritisiert, dass die Regierung ihre Versprechen nicht einlöse. Die Abgeordnete von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) Aleksandra Natalli-Świat weist darauf hin, dass der Antikrisenplan der Regierung nur zu einem geringen Teil umgesetzt worden sei und die Arbeitslosigkeit steige. Der Partei- und Fraktionsvorsitzende der SLD, Grzegorz Napieralski, wirft der Regierung vor, einen streit- und skandalträchtigen Stil zu pflegen, den sie auch bei der PiS-Regierung hatte.
20.03.2010	In einem Interview der Tageszeitung »Gazeta Wyborcza« nennt es der Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten beim Ministerpräsidenten, Władysław Bartoszewski, einen deutschen Erfolg, dass die Vorsitzende des Bundes der Vertriebenen (BdV), Erika Steinbach, keinen Sitz im Vorstand der geplanten Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung einnehmen werde. Polen habe mit Deutschland nicht über Personalien gesprochen.
21.03.2010	Im Rahmen des Vorwahlkampfes der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) für die Kandidatur für das Amt des Staatspräsidenten findet eine TV-Debatte zwischen Sejm marschall Bronisław Komorowski (PO) und Außenminister Radosław Sikorski (PO) statt. Der Kandidat für das Amt des Staatspräsidenten wird von den PO-Mitgliedern bestimmt.
23.03.2010	In einem Brief an den Ständigen Präsidenten des Europäischen Rates, Herman van Rompuy, den Präsidenten der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso, und den EU-Ratspräsidenten und spanischen Ministerpräsidenten, José Luis Zapatero, hebt Ministerpräsident Donald Tusk hervor, dass Investitionen in die sogenannte harte Infrastruktur, d. h. das Straßen- und Schienennetz und das Internet, im Vergleich zu Investitionen in Wissenschaft und Forschung in der Wirtschaftspolitik der EU prioritär behandelt werden sollten. Der »harten Infrastruktur« sollte im Rahmen der EU-Strategie »Europa 2020« eine Schlüsselbedeutung zukommen.
23.03.2010	Der Chef der Präsidialkanzlei, Władysław Stasiak, teilt mit, dass die russische Regierung Staatspräsident Lech Kaczyński zu den Feierlichkeiten aus Anlass des 65. Jahrestages des Endes des Zweiten Weltkrieges am 9. Mai nach Moskau eingeladen habe.
24.03.2010	Nach neuesten Angaben des Statistischen Hauptamts (Główny Urząd Statystyczny – GUS) betrug die Arbeitslosigkeit im Februar 13 % gegenüber 12,7 % im Januar. Nach den Daten von Ende Februar kündigten ca. 200 Betriebe in der nächsten Zeit Entlassungen von 33.700 Arbeitnehmern an, davon 19.900 im öffentlichen Sektor.
25.03.2010	Vor dem EU-Gipfel in Brüssel bekundet Ministerpräsident Donald Tusk die Bereitschaft Polens, einen Beitrag zur Unterstützung Griechenlands in der Finanzkrise zu leisten, falls es sich dabei um ein solidarisches Hilfspaket der EU und nicht nur der Länder der Eurozone handeln sollte.

27.03.2010	Bei einer Wahlbeteiligung von 47,5 % unter den ca. 46.000 wahlberechtigten Mitgliedern der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) stimmten 68,5 % für Sejmmarschall Bronisław Komorowski als Kandidaten für das Amt des Staatspräsidenten. Sein Konkurrent, Außenminister Radosław Sikorski, erhielt 31,5 % der Stimmen.
29.03.2010	Nach Einschätzung des Staatssekretärs in der Kanzlei des Staatspräsidenten, Paweł Wypych, hat die Einladung Moskaus an den ehemaligen Staatspräsidenten, General Wojciech Jaruzelski, zu den Feierlichkeiten aus Anlass des 65. Jahrestages des Endes des Zweiten Weltkrieges am 9. Mai keine entscheidende Bedeutung für die Teilnahme von Staatspräsident Lech Kaczyński. Jaruzelski hatte am 13. 12. 1981 das Kriegsrecht eingeführt.
30.03.2010	Die Fraktionsvorsitzende von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), Grażyna Geśicka, ruft die Regierungsparteien Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) und Polnische Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL) sowie die Oppositionspartei Demokratische Linksallianz (Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD) dazu auf, in den Bereichen Familie, Wirtschaft, polnische EU-Ratspräsidentschaft und Verfassungsreform zusammenzuarbeiten.
03.04.2010	Der Unterstaatssekretär der Präsidialkanzlei, Mariusz Handzlik, teilt mit, dass Staatspräsident Lech Kaczyński im Zusammenhang mit der Gedenkfeier zum 70. Jahrestag des Massakers von Katyn am 10. April in Katyn den Wunsch habe, Russen auszuzeichnen, die sich um die Erinnerung und die Aufarbeitung des Verbrechens bemüht haben.
06.04.2010	Außenminister Radosław Sikorski und sein russischer Amtskollege Sergej Lawrow wenden sich mit einem Appell an die Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik der EU, Catherine Ashton, für das an Polen grenzende Kaliningrader Gebiet einen polnisch-russischen Kleinen Grenzverkehr einzuführen. Derzeit ist der Grenzübergang nur mit Visum möglich.
07.04.2010	Im westrussischen Katyn findet in Anwesenheit des russischen Ministerpräsidenten Wladimir Putin und des polnischen Ministerpräsidenten Donald Tusk eine Gedenkfeier aus Anlass der Ermordung von mehreren tausend polnischen Militärangehörigen sowie Angehörigen der Polizei, der Verwaltung und des Gerichtswesens durch den NKWD im Jahr 1940 sowie für die Opfer der stalinistischen Repressionen in den 1930er Jahren statt. In seiner Ansprache hebt Tusk die Bedeutung des Gedenkens und der Wahrheit für die polnisch-russische Versöhnung hervor. Putin stellt die gutnachbarlichen Beziehungen zwischen Russland und Polen als alternativlos im Europa des 21. Jahrhunderts dar. Anschließend trifft sich die Polnisch-Russische Arbeitsgruppe für schwierige Fragen.
08.04.2010	Ministerpräsident Donald Tusk nimmt an einem Treffen des US-amerikanischen Präsidenten Barack Obama mit Regierungschefs mittel- und osteuropäischer Staaten in Prag teil. Vorher hatten Obama und der russische Präsident Dmitri Medwedew einen neuen START-Vertrag (bilaterale Reduzierung der atomaren Arsenale der USA und Russlands) unterzeichnet. Nach dem Treffen zeigt sich Tusk überzeugt, dass der neue START-Vertrag keinen Einfluss auf das US-amerikanische Raketenabwehrschild haben werde, in dessen Rahmen in Polen Raketen und US-Soldaten stationiert werden sollen.
08.04.2010	Außenminister Radosław Sikorski stellt im Sejm das Programm der Außenpolitik für 2010 vor. Prioritäten für den polnischen Vorsitz der EU-Ratspräsidentschaft seien die Aushandlung des EU-Budgets für die nächsten sieben Jahre, neue Impulse zur Belebung des Wirtschaftswachstums nach der globalen Wirtschaftskrise, die Beziehungen zu den Staaten Osteuropas, die Energiepolitik und Energiesicherheit der EU sowie die gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Sikorski unterstreicht die strategische Bedeutung guter Beziehungen zu Deutschland. Darüber hinaus unterstütze Polen die Beitrittsbemühungen der Ukraine und der Türkei zur EU. Ein weiteres Ziel sei, die wirtschaftlichen, kulturellen und wissenschaftlichen Beziehungen mit Russland zu verbessern. Die Gedenkfeier für die Opfer des Massakers von Katyn vor 70 Jahren, zu denen Russland polnische Regierungsvertreter eingeladen hatte, bewertet Sikorski als Test für die Normalisierung der polnisch-russischen Beziehungen.
09.04.2010	Der Sejm verabschiedet per Akklamation einen Beschluss zum 70. Jahrestag des Massakers von Katyn. In dem Beschluss heißt es, der Sejm erwarte die Aufklärung aller Umstände des Verbrechens, die Veröffentlichung der Untersuchungsergebnisse und die Rehabilitation der Opfer.
10.04.2010	Staatspräsident Lech Kaczyński, seine Ehefrau Maria und eine Delegation hochrangiger Vertreter aus Politik, Armee, den Kirchen und dem öffentlichen Leben, insgesamt 96 Personen, kommen bei einem Flugzeugabsturz auf dem Weg zu einer Gedenkfeier aus Anlass des 70. Jahrestages des Massakers von Katyn im westrussischen Smolensk ums Leben. Die polnische Regierung ordnet eine einwöchige Staatstrauer an. Als Zeichen der Verbundenheit Deutschlands mit Polen ordnet Bundesinnenminister Thomas de Maizière für den Tag der Trauerfeier in Polen Trauerbeflaggung an allen Bundesbehörden in Deutschland an.

10.04.2010	Als amtierendes Staatsoberhaupt beruft Sejmmarschall Bronisław Komorowski Jacek Michałowski zum neuen Leiter der Präsidialkanzlei als Nachfolger des bisherigen Chefs der Präsidialkanzlei, Władysław Stasiak, der bei dem Flugzeugabsturz in Smolensk ums Leben gekommen war. Michałowski war von 1998 bis 2000 Leiter der Kanzlei des Ministerpräsidenten Jerzy Buzek.
12.04.2010	Sejmmarschall Bronisław Komorowski beruft General Stanisław Koziej zum neuen Chef des Büros für nationale Sicherheit (Biuro Bezpieczeństwa Narodowego – BBN). Am Vortag war der bisherige Leiter des BBN, Aleksander Szczygło, ebenfalls bei dem Flugzeugabsturz in Smolensk tödlich verunglückt. Koziej war in der Regierung von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) stellvertretender Verteidigungsminister und anschließend Berater des derzeitigen Verteidigungsministers Bogdan Klich (Bürgerplattform/Plattform Obywatelska – PO).
13.04.2010	Sejm und Senat gedenken in einer gemeinsamen Trauerfeier der Opfer der Flugzeugkatastrophe von Smolensk am 10. April.
13.04.2010	In der Kontroverse um die Beisetzung von Staatspräsident Lech Kaczyński und seiner Ehefrau Maria auf dem Wawel in Krakau fordert der Regisseur Andrzej Wajda in einem offenen Brief die katholische Kirche auf, die Entscheidung für diese Begräbnisstätte, die auf dem Wunsch der Familie der Verunglückten beruhen soll, als unangemessen zurückzunehmen. Diese Entscheidung habe ernstzunehmende Proteste hervorgerufen und könne die tiefste Spaltung der polnischen Gesellschaft seit 1989 hervorrufen, heißt es in dem Brief. Der Wawel ist die Begräbnisstätte der polnischen Könige; außerdem ruhen dort die sterblichen Überreste von Marschall Józef Piłsudski, General Władysław Sikorski und zwei bedeutender Dichter der polnischen Romantik, Adam Mickiewicz und Juliusz Słowacki.
14.04.2010	Sejmmarschall Bronisław Komorowski unterschreibt in Vertretung des tödlich verunglückten Staatspräsidenten den Beschluss, den Aufenthalt des polnischen Kontingents in Afghanistan um weitere sechs Monate bis Mitte Oktober zu verlängern. Außerdem wird das Kontingent auf 3.000 Soldaten erhöht (davon 2.600 in Afghanistan und 400 in Polen).
14.04.2010	Der Vatikan teilt mit, dass Papst Benedikt XVI. die Seligsprechung des Priesters Jerzy Popiełuszko genehmigt hat, der im Oktober 1984 vom Sicherheitsdienst der Volksrepublik Polen ermordet worden war. Popiełuszko hatte der demokratischen Oppositionsbewegung angehört.
16.04.2010	In einem Interview mit der Tageszeitung »Rzeczpospolita« hebt der ehemalige Außenminister und derzeitige Vorsitzende der Polnisch-Russischen Arbeitsgruppe für schwierige Fragen, Adam Rotfeld, die große Anteilnahme der russischen Bevölkerung und der Staatsführung als Reaktion auf den Flugzeugabsturz bei Smolensk (West-russland) hervor, bei dem Staatspräsident Lech Kaczyński und Vertreter des öffentlichen Lebens in Polen vergangene Woche tödlich verunglückten. Die positive Veränderung in der Einstellung der russischen Staatsführung gegenüber Polen habe bereits vor dem Unglück, im Kontext der Gedenkfeier zum 70. Jahrestag des Massakers von Katyn, eingesetzt, zu der Ministerpräsident Donald Tusk von seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin eingeladen worden war. Es sei entschieden worden, eine institutionalisierte Form des polnisch-russischen Dialogs einzurichten, der bei den staatlichen Kulturministerien angesiedelt sein soll und sich mit der Aufklärung des Massakers von Katyn befassen soll. Durch diese Anbindung soll die Aufklärung entpolitisiert werden.
17.04.2010	Auf dem Piłsudski-Platz in Warschau findet die zentrale Trauerfeier für alle 96 Opfer der Flugzeugkatastrophe im westrussischen Smolensk in der vergangenen Woche statt. In seiner Ansprache fordert Ministerpräsident Donald Tusk dazu auf, die Hoffnungen und Ziele der Verunglückten nicht zu vergessen, um dem Tod einen Sinn entgegenzusetzen.
18.04.2010	Auf dem Wawel in Krakau findet die Beisetzung des vergangene Woche tödlich verunglückten Staatspräsidenten Lech Kaczyński und seiner Ehefrau statt. Sejmmarschall Bronisław Komorowski ruft dazu auf, den guten Willen für eine polnisch-polnische Versöhnung über die Zeit der Trauer hinaus aufrechtzuerhalten. Des Weiteren ruft er zur Versöhnung mit Russland im Namen der Tragödie von Katyn auf. Vor seiner Rückkehr von der Beisetzung in Krakau nach Moskau sagt der russische Staatspräsident Dmitri Medwedew, Tragödien würden häufig zu Annäherungen führen; dies sei notwendig für Russland und Polen. Deutschland wurde bei der Begräbniszeremonie von Bundespräsident Horst Köhler, Außenminister Guido Westerwelle und Staatsministerin Cornelia Pieper, Koordinatorin für deutsch-polnische Zusammenarbeit, vertreten.
19.04.2010	Nach neuesten Angaben des Statistischen Hauptamts (Główny Urząd Statystyczny – GUS) stieg der Durchschnittslohn im Unternehmenssektor im März im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 4,8 % und betrug 3.493 PLN brutto, das sind 6,2 % mehr als im Februar dieses Jahres.

Veranstaltungshinweis

DPI SOMMER SCHULE *

**Interdisziplinäre Sommerschule
des Deutschen Polen-Instituts 2010**

**Polen zwischen Ost und West
Geschichte – Gesellschaft – Politik – Kultur**

4. bis 12. September 2010

Darmstadt



Polen hat sich in seiner Geschichte stets mit seiner geopolitischen Lage auseinandersetzen müssen: Gehörte es zum Westen oder zum Osten Europas oder lag es „im Westen vom Osten und im Osten vom Westen“ (Slawomir Mrozek)? Bis heute prägt diese Frage das politische Denken und die wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Realität. So erfolgreich sich das Land seit 1989 in den Westen integriert hat, so stark trägt es noch am Erbe des Ostens. Oder ist dieses Erbe vielmehr eine Chance für die Zukunft? Die dritte Interdisziplinäre Sommerschule des DPI widmet sich unterschiedlichen Aspekten dieses Themas und will sie aus der Perspektive verschiedener Disziplinen klären. 20 junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler haben die Möglichkeit, gemeinsam mit ausgewiesenen Experten in einer offenen Atmosphäre voneinander zu lernen und miteinander zu diskutieren. Eingeladen

sind Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler unterschiedlicher Disziplinen (fortgeschrittene Studierende, Doktorandinnen und Doktoranden, Postdocs) die sich vom Thema „Polen zwischen Ost und West“ angesprochen fühlen. Voraussetzung für die Teilnahme ist die Bereitschaft, ein wissenschaftliches Projekt, das in einem Zusammenhang mit dem Thema der Sommerschule steht, in einem 30-minütigen Vortrag zu präsentieren. Dozenten: Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Prof. Dr. Ireneusz Karolewski, Prof. Dr. Claudia Kraft, Botschafter a.D. Janusz Reiter, Dr. Hans-Christian Trepte.

Weitere Informationen und Bewerbungsunterlagen unter:
www.sommerschule-polen.de
Bewerbungsschluss ist der 11. Juni 2010



© 2010 Deutsches Polen-Institut,
Mathildenhöhweg 2, D-64287 Darmstadt
www.deutsches-polen-institut.de

Über die Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Bremer Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Deutsches Polen-Institut Darmstadt

Das Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations-, und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Das seit März 1980 aktive und bis 1997 von Gründungsdirektor Karl Dedecius geleitete Institut ist eine Gemeinschaftsgründung der Stadt Darmstadt, der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz sowie des Bundes. Seit 1987 ist die Trägerschaft auf die Kultusminister der Länder ausgedehnt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Das DPI hat satzungsgemäß die Aufgabe, durch seine Arbeit zur Vertiefung der gegenseitigen Kenntnisse des kulturellen, geistigen und gesellschaftlichen Lebens von Polen und Deutschen beizutragen.

Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft und, wesentlich stärker ausgeprägt als bisher, um das Hineinwirken in Wissenschaft, Forschung und Bildung.

Derzeit bemüht sich das DPI in Kooperation mit den verstreuten Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten verstärkt darum, ausgehend von einer Bestandsaufnahme deutscher Polen-Forschung Ort wissenschaftlicher Forschung und verbindendes, vernetzendes und kooperierendes Zentrum zu werden. Ausgangspunkt der Neuausrichtung ist die kaum mehr kontrollierbare Dynamik des Rückbaus der Ressourcen der wissenschaftlichen Polen-Kompetenz in den unterschiedlichen Disziplinen. Mit der über 55.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen mit einer einzigartigen Sammlung polnischer Literatur in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung ist das DPI bereits ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens. (www.deutsches-polen-institut.de)

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen kulturellen und gesellschaftlichen Entwicklungen der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Neben ausführlicher individueller Forschung zu Dissens und Gesellschaft im Sozialismus, leitet die Forschungsstelle seit Januar 2007 ein gemeinsames Projekt mit einem Verbund von internationalen Forschungsinstituten zum Thema »Das andere Osteuropa – die 1960er bis 1980er Jahre, Dissens in Politik und Gesellschaft, Alternativen in der Kultur. Beiträge zu einer vergleichenden Zeitgeschichte«, welches von der VolkswagenStiftung finanziert wird.

Im Bereich der post-sozialistischen Gesellschaften sind in den letzten Jahren umfangreiche Forschungsprojekte durchgeführt worden, deren Schwerpunkte auf politischen Entscheidungsprozessen, Wirtschaftskultur und der EU-Osterweiterung lagen. Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste mit fast 15.000 Abonnenten in Politik, Wirtschaft und den Medien.

Mit ihrer in Deutschland einzigartigen Sammlung von Publikationen zu Osteuropa ist die Forschungsstelle eine Anlaufstelle sowohl für Wissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit. In der Bibliothek sind derzeit neben anderen breit angelegten Beständen allein aus Polen ca. 300 laufende Periodika zugänglich. Die Bestände werden in Datenbanken systematisch erfasst. (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Prof. Dr. Dieter Bingen (Darmstadt), Silke Plate, M.A. (Bremen)

Technische Gestaltung: Matthias Neumann

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Die Polen-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1863-9712 © 2010 by Deutsches Polen-Institut Darmstadt und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Mathildenhöhweg 2,

D-64287 Darmstadt, Tel.: 06151/4985-13, Fax: 06151/4985-10, E-Mail: polen-analysen@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen